

Bern, 29. Mai 2018

**Revision des Gleichstellungsgesetz: Vom Papiertiger zur harmlosen Hauskatze**

**Weniger als 1% der Unternehmen sollen gemäss Ständerat die Lohngleichheit von Frauen und Männern überprüfen müssen. Diese Überprüfungen werden demnach nur eine Minderheit der Arbeitnehmenden betreffen. Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, bedauert zutiefst, dass der Ständerat den Geltungsbereich der heute verabschiedeten Revision des Gleichstellungsgesetzes weiter eingeschränkt hat. Gleichzeitig ist der Dachverband erleichtert, dass das "Placebo"-Modell, das auf einer einfachen Selbstdeklaration des Unternehmens beruht, abgelehnt wurde.**

Heute ist der Ständerat bei der Revision des Gleichstellungsgesetzes der Mehrheit seiner Kommission gefolgt. Nur Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden werden verpflichtet, eine wissenschaftliche Untersuchung der Löhne durchzuführen. Die Anhebung dieser Schwelle von Unternehmen von 50 auf neu 100 Mitarbeitende bedeutet konkret, dass die Gesetzesrevision gerade mal 5760 Unternehmen und nicht einmal die Hälfte der Erwerbstätigen (45%) betrifft.

Travail.Suisse bedauert sehr, dass der Vorschlag des Bundesrates damit weiter entschärft wurde. Ebenfalls bedauerlich ist, dass die Lohnanalyse nicht langfristig angelegt, sondern auf 12 Jahre begrenzt werden soll. Der Papiertiger hat sich damit in eine harmlose Hauskatze verwandelt, wie es Raphaël Comte, der Neuenburger FDP-Ständerat, treffend sagte.

Valérie Borioli Sandoz, Leiterin Gleichstellungspolitik bei Travail.Suisse: "Der Entscheid des Ständerates reicht bei weitem nicht aus, um die Lohngleichheit für eine Mehrheit der Erwerbstätigen zu gewährleisten. Der Nationalrat ist nun gefordert, die Situation zu korrigieren und die Schwelle für Unternehmen, die der Selbstkontrolle unterliegen, wieder auf 50 Mitarbeitende zu heben“.

Travail.Suisse ist aber erleichtert, dass das Modell, das auf der einfachen Selbstdeklaration und einem frei gewählten Modell ohne standardisierte Kriterien beruht, abgelehnt wurde. Dieser Vorschlag einer Minderheit von fünf bürgerlichen Ständeräten hätte die vollständige Aushöhlung der Vorlage bedeutet.

Für weitere Informationen:

Valérie Borioli Sandoz, Leiterin Gleichstellungspolitik, Mobil: 079 598 06 37